



Ihr gutes Recht

Rechtsanwälte und Kanzleien stellen sich vor

Ausnahmefall Pflichtteilsentziehung

Durch testamentarische Verfugung, d.h. durch Testament oder Erbvertrag ist es möglich, die gesetzlichen Erben zu „enterben“.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass die gesetzlichen Erben für den Fall ihrer Enterbung gar nichts erhalten. Gehören die enterbten Personen zum Kreis der Pflichtteilsberechtigten, verbleibt vielmehr ein Pflichtteilsanspruch, welcher nur im Ausnahmefall entzogen werden kann.

Damit ist der grundsätzlichen Testierfreiheit eine Grenze gesetzt.

Abkömmlinge, Ehegatten, Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz und Eltern (allerdings nur, wenn keine Abkömmlinge vorhanden sind), sind pflichtteilsberechtigt.

Die im Pflichtteilsrecht zum Ausdruck kommende Beschränkung der Testierfreiheit rechtfertigt sich durch die engen familienrechtlichen Beziehungen zwischen dem Erblasser (dem Verstorbenen) und den Pflichtteilsberechtigten.

Schwere schuldhafte Verfehlungen des Pflichtteilsberechtigten gegenüber dem Erblasser oder seiner Familie widersprechen der gesetzlich garantierten Mindestteilhabe am Erblasservermogen.

§ 2333 BGB regelt die Voraussetzungen, unter denen der Erblasser den Pflichtteilsberechtigten **ausnahmsweise** auch die an sich garantierte Mindestbeteiligung am Nachlass entziehen kann.

Der Katalog der Pflichtteilsentziehungsgrunde wurde durch das Gesetz zur Reform des Erb- und Verfahrungswesens, welches zum 01.01.2010 in Kraft trat, erheblich überarbeitet. Nach Auffassung des Gesetzgebers waren die früheren Pflichtteilsentziehungsgrunde nicht mehr zeitgemäß und mit den heutigen Wertvorstellungen nicht mehr vereinbar. Anstelle des früheren Entziehungsgrundes des „ehrllosen und unsittlichen Lebenswandels des Berechtigten“ trat ein „anderes schweres sozialwidriges Fehlverhalten des Pflichtteilsberechtigten“ nach § 2333 Abs. 1 Nr. 4 BGB.

I. Pflichtteilsentziehungsgrunde

Demnach kommt die Entziehung des Pflichtteils gemäß § 2333 BGB Abs. 1 durch den Erblasser in Betracht, wenn der Abkömmling

1. dem Erblasser, dem Ehegatten des Erblassers, einem anderen Abkömmling oder einer dem Erblasser ähnlich nahe stehenden Person nach dem Leben trachtet,
2. sich eines Verbrechens oder eines schweren vorsätzlichen Vergehens gegen eine der in Nummer 1 bezeichneten Personen schuldig macht,
3. die ihm dem Erblasser gegenüber gesetzlich obliegende Unterhaltspflicht böswillig verletzt oder

4. wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung rechtskräftig verurteilt wird und die Teilhabe des Abkommings am Nachlass deshalb für den Erblasser unzumutbar ist. Gleiches gilt, wenn die Unterbringung des Abkommings in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt wegen einer ähnlich schwerwiegenden vorsätzlichen Tat rechtskräftig angeordnet wird.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Entziehung des Eltern- oder Ehegattenpflichtteils.

Die Pflichtteilsentziehung setzt bei allen Entziehungsgrunden ein Verschulden des Pflichtteilsberechtigten voraus, wobei nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19.04.2005 bei dem Entziehungsgrund nach Nr. 1 nicht der Vorsatz im strafrechtlichen Sinne zu verstehen ist. Vielmehr genügt es, dass der objektive Unrechtsbestand wesentlich und willentlich verwirklicht wird.

1. „Nach dem Leben trachten“

Diese Voraussetzung liegt vor, wenn der ernsthafte Willen, den Tod herbeizuführen, bestätigt werden kann. Insofern trachtet nach dem Leben eines anderen, wer dessen Tod durch sein Tun erstrebt, wer sich den Tod des anderen als Ziel seines Tuns gesetzt hat. Erweitert wurde der vom Fehlverhalten benachteiligte Personenkreis, er wurde um „dem Erblasser ähnlich nahestehende Personen“ ergänzt. Hierunter fallen beispielsweise die mit dem Erblasser in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft zusammen lebenden Personen oder Personen, die auf andere Weise mit dem Erblasser eng verbunden sind, beispielsweise Stief- oder Pflegekinder.

2. Verbrechen oder schweres vorsätzliches Vergehens gegen eine der in Nr. 1 bezeichneten Personen

Ob ein Vergehen schwer ist, richtet sich nach den Umständen des Einzelfalles. Eine vorsätzliche Körperverletzung wird nur dann von der Vorschrift erfasst, wenn diese zugleich eine schwere Pietatsverletzung gegenüber dem Erblasser darstellen.

Umstritten ist, ob seelische Misshandlungen zur Pflichtteilsentziehung berechtigen. Es wird jedoch nach herrschender Meinung davon ausgegangen, dass seelische Misshandlungen nur dann zu einer Pflichtteilsentziehung berechtigen, wenn sie Folge eines Verbrechens oder eines schweren vorsätzlichen Vergehens sind.

3. Böswillige Verletzung der gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht

Die Ziffer 3 ist ohne praktische Bedeu-

tung, da ein entziehungsfahiger Pflichtteil kaum vorhanden sein wird, wenn der Erblasser auf Unterhaltsgewährung durch seine Kinder angewiesen ist. Zu beachten ist, dass eine böswillige Verletzung der Unterhaltspflicht erforderlich ist, d.h. eine reine Leistungsverweigerung ist nicht ausreichend. Vielmehr muss eine verwerfliche Gesinnung hinzutreten. Für die Beurteilung ist nicht nur der materielle, sondern auch der moralische Schaden, den der Erblasser erlitten hat, zu berücksichtigen.

Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 29.10.2013, Az. 15 U 61/12, ist zu berücksichtigen, dass ein Unterhalt grundsätzlich nur als Geldleistung geschuldet wird, so dass die Pflichtteilsentziehung nach Nr. 3 nicht auf die Versagung persönlicher Pflege im Krankheitsfall gestützt werden kann.

4. Rechtskräftige Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat, Unzumutbarkeit

Ziffer 4 betrifft ein schweres sozialwidriges Fehlverhalten des Pflichtteilsberechtigten gegenüber Dritten, die nicht zu dem in Nr. 1 und 2 genannten Personenkreis zählen. Voraussetzung ist ein objektives Fehlverhalten in der Form einer vorsätzlich begangenen Straftat, die zu einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung geführt hat oder führen wird. Zusätzlich muss es dem Erblasser unzumutbar sein, den Berechtigten am Nachlass teilhaben zu lassen. Diese zusätzliche Komponente ist erforderlich, da die Pflichtteilsentziehung nicht völlig vom Schutz der Familie, der die Grundlage für den verfassungsrechtlichen Schutz des Pflichtteils bildet, losgelöst sein soll. Unzumutbarkeit liegt dann vor, wenn die Straftat der persönlichen in der Familie gelebten Wertvorstellung des Erblassers in hohem Maße widerspricht. Dies liegt bei besonders schweren Straftaten, die mit erheblichen Freiheitsstrafen geahndet werden, in der Regel nahe.

Allerdings ist es nicht ausreichend, auf eine Verurteilung in einem Testament hinzuweisen, vielmehr muss sich das Merkmal der Unzumutbarkeit aus den konkretisierten Umständen ergeben. Dem Erblasser muss daher der Kernsachverhalt bekannt sein, damit er den Pflichtteilsentziehungsgrund auf diesen stützen und begründen kann, dass dieser Sachverhalt zu einer Unzumutbarkeit für ihn führt.

Mit Beschluss vom 15.02.2012 hat das Landgericht Stuttgart, Az. 16 O 638/11, entschieden, dass eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten wegen Vergewaltigung den Entzug des Pflichtteilsrechts auch ohne nähere Konkretisierung im Testament rechtfertigt.

In dem der Entscheidung zu Grunde liegenden Fall war der Erblasserin allerdings zumindest bekannt, dass ihr Sohn rechtskräftig wegen Vergewaltigung verurteilt worden ist und hatte die Pflichtteilsentziehung in dem Testament unter anderem auf diese Tat gestützt.

Das Landgericht führte aus, dass es für die Erblasserin unzumutbar sei, dass der pflichtteilsberechtigte Sohn an ihrem Nachlass teilhat. Das Gericht führte aus, dass die im Jahre 1920 geborene Erblasserin gläubige Katholikin sei, die unter der Straftat ihres Sohnes gelitten habe und es sich ohnehin bei einer Vergewaltigung um eine Straftat handele, welche nach den Anschauungen der Rechtsgemeinschaft in besonderem Maße geächtet ist. In dem vorliegenden Fall sei der zutref-



Christiane Streig
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Erbrecht

fende Kernsachverhalt im Testament angegeben.

II. Form der Pflichtteilsentziehung

Doch auch wenn die vorgenannten Voraussetzungen für eine Pflichtteilsentziehung grundsätzlich vorliegen, ist darauf zu achten, dass eine Pflichtteilsentziehung nur dann wirksam ist, wenn sie auch formwirksam ist. In der Praxis scheitert die Wirksamkeit einer Pflichtteilsentziehung oftmals daran, dass diese nicht wirksam erklärt wurde.

Die Pflichtteilsentziehung muss die Tatsache der Anordnung der Pflichtteilsentziehung, die davon betroffene Person und den Grund der Entziehung

enthalten. Der Entziehungsgrund muss in der Verfugung von Todes wegen, d.h. im Testament, angegeben sein. Die Angabe muss so konkret sein, das später durch eine gerichtliche Prüfung zweifelsfrei geklärt werden kann, auf welchen Entziehungsgrund sich die Entziehung stützte und welcher Lebenssachverhalt dem zu Grunde lag. Dies erfordert die Angabe eines zutreffenden Kernsachverhalts im Testament.

Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 22.02.2007 (Az. 10 U 111/06) setzt eine hinreichend konkrete Angabe des Pflichtteilsentziehungsgrundes voraus, dass der Erblasser sich mit seinen Worten auf bestimmte konkrete Vorgänge unverwechselbar (nach Zeit, Ort und Art der Taten des Abkommings) festgelegt und den Kreis der in Betracht kommenden Vorfälle praktisch brauchbar eingegrenzt hat, weil andernfalls die Entziehung letztlich auf Vorwürfe gestützt werden könnte, die für den Erblasser nicht bestimmend waren, sondern erst nachträglich von den Erben erhoben und vom Richter für begründet erklärt werden.

III. Schlussbetrachtung

Bei einer Pflichtteilsentziehung, ist daher folgendes zu beachten:

Im Rahmen eines Testaments ist der Lebenssachverhalt, auf welchen die Entziehung gestützt wird, zu schildern. Der Grund für die Entziehung muss zum Zeitpunkt der Testamentserrichtung bestehen.

Liegt der Entziehungsgrund des §§ 2333 Abs. 1 Nr. 4 BGB vor, d.h. rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr, ist Voraussetzung, dass zum Zeitpunkt der Testamentserrichtung die Tat bereits begangen worden ist und die geforderte Unzumutbarkeit vorliegt. Beides muss in der letztwilligen Verfugung angegeben werden.

Da die Beweislast für das Vorliegen eines Entziehungsgrundes bei demjenigen liegt, der die Entziehung geltend macht, (damit zumeist den Erben des Erblassers nach dessen Tod) ist dem Testierenden zu empfehlen, die Voraussetzung für die Entziehung innerhalb des Testaments so ausführlich wie möglich und umfassend darzustellen.



Rechtsanwälte | Fachanwälte | Notar